

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Er scheint  
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags  
und Freitags. — Abonnementspreis  
vierteljährlich 1 Mk., durch die Post  
bezogen 1 Mk. 25 Pf. — Einzelne  
Nummern 10 Pf.

Inserate  
werden Montags und Donnerstags  
bis Mittags 12 Uhr angenommen.  
Inserationspreis  
10 Pf. pro dreigespaltene  
Corpuszeile.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,  
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 41.

Dienstag, den 22. Mai

1894.

### Bekanntmachung,

die innengedachte Druckschrift über Feuerlöschtaktik betreffend.

Im J. Schweigers Verlag (Jos. Eichbichler) in München ist ein vom Königlich Bayerischen Bezirksamtsassessor und Bezirksfeuerwehrvertreter Rudolf Neubold verfaßtes Werkchen „Feuerlöschtaktik für Landgemeinden“ erschienen und zum Preise von 30 Pfg. — 20 Exemplaren 5 M. —, 100 Exemplare 20 M., größere Partien nach Vereinbarung — zu beziehen. Dasselbe enthält auch nach dem eingeholten Gutachten der Königl. Brandversicherungskammer und des von dieser gehörten Vorsitzenden des Landesauschusses sächsischer Feuerwehren bemerkenswerthe und zweckmäßige Hinweise für die insbesondere von den Commandanten ländlicher Feuerwehren und sonstigen zur Leitung des Ortsfeuerlöschwesens durch das Gesetz berufenen oder nach den Ortsfeuerpolizeiverordnungen dazu bestellten und verpflichteten Beamten in Brandsfällen einzuhaltende Taktik, so daß auf Anordnung des Königl. Ministeriums des Innern und beziehentlich der Königl. Kreisauptmannschaft Dresden die unterzeichnete Königl. Amtshauptmannschaft nicht unterläßt, die Ortsbehörden ihres Verwaltungsbezirktes auf dieses Werkchen aufmerksam zu machen und denselben dessen Anschaffung zu empfehlen.

Meissen, am 9. Mai 1894.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
v. Kirchbach.

Donnerstag, den 24. d. Mts., Nachmittags 6 Uhr,  
öffentliche Stadtgemeinderathssitzung.

Wilsdruff, den 21. Mai 1894.

Der Stadtgemeinderath.  
Ficker, Brgmstr.

### Holzversteigerung.

Vom Raundorfer Forstrevier sollen

Dienstag, den 5. Juni d. J. von Vormittag 9 Uhr an  
in Kloßsche's Gasthof in Raundorf,

4 harte und 648 weiche Stämme, 12 harte und 345 weiche Klöber, 4000 weiche Stangenklöber, 4200 weiche Reis- und 650 weiche Derbstangen, 1 1/2 Rm. harte und 12 Rm. weiche Kugelsche, 280 Rm. weiche Kugelnäpfe, 800 Rm. weiche Brennholz und 163 Rm. weiche Stöcke meistbietend verkauft werden. Näheres enthalten die in Schankstätten und bei den Ortsbehörden der umliegenden Orte aushängenden Plakate.

Königl. Forstrevierverwaltung Raundorf und Königl. Forstrentamt Charandt,  
am 18. Mai 1894.

### Tagesgeschichte.

Berlin. Anlässlich der am 30. d. M. stattfindenden Frühjahrsparade wird Sr. Maj. der König von Sachsen am 29. Mai hier eintreffen und im königlichen Schlosse Wohnung nehmen. Gleichzeitig treffen auch Ihre Königl. Hoheiten Prinz und Prinzessin Johann Georg von Sachsen in Berlin ein.

Bei Gelegenheit eines unlängst im Verein zu Beförderung des Gewerbestandes in Berlin gehaltenen Vortrages: „Ueber Bildung von Fachgenossenschaften im Handwerk“ betonte Gewerbestandessachverständiger Dr. Jacobi aus Bremen, einer der tüchtigsten Förderer der Handwerkerbewegung seit langer Zeit, die Thatsache, daß die Innungen augenscheinlich bei der Regierung in Miskredit gekommen seien, daß man sie fallen lassen wolle, weil sie sich angeblich nicht bewährt hätten. Zum Beweise werde eine Innungsstatistik vorgeführt, die Redner jedoch keineswegs als zutreffend erachten konnte. Wenn man von vornherein bei einer Statistik Zweifel darüber habe, ob 2 oder 3 Millionen selbständige Handwerker in Deutschland gezählt werden sollen, so sei das eine Unterlage, die für Berechnungen nicht gebraucht werden könne. Deshalb sei auch die Angabe, daß nur 16 Prozent unserer Handwerker den Innungen angehören, eine willkürliche. Vermuthlich sei die letzte Ziffer größer. Der Irrthum aber komme daher, weil man oft Lohnarbeiter mit selbständigen Handwerkern verwechsle, und weil heute die Grenze zwischen beiden oft sehr flüchtig und unbestimmbar sei. Unter den Schustern und Schneidern z. B. gebe es sehr viele Hausarbeiter, die sich überall als selbständige Käufer und Schneider ertragen lassen. So komme man beispielsweise zu der Annahme, daß in einer größeren Stadt 500 Schuster eingetragen wären, während in Wirklichkeit nur 150 vorhanden sind; aber es werden 500 in den Adressbüchern, die man als zuverlässige Statistik ansieht, gezählt. Dieser Fehler werde vielfach gemacht und bewege, daß eine solche Statistik nicht verlässlich ist. Als durchschlagender Grund für das Fallenlassen der Innungen wird regierungsseitig geltend gemacht, daß sich in Süddeutschland die Innungen bisher wenig entwickelt haben. Darum glaubt man auf die Innungen als Grundform der Organisation überhaupt verzichten zu sollen, und der Umstand, daß in Norddeutschland die Innungen thatsächlich heimisch geworden sind, soweit dieses unter den obwaltenden Umständen jetzt überhaupt möglich, wird dagegen gering angeschlagen. Für Süddeutschland habe man wiederholt in maßgebenden Kreisen von oben sagen hören, ist das Wort „Innungen“ das rothe Tuch, welches die Leute nur reizt und aufregt. Darum wolle man auch im Norden die Innungen fallen lassen. Demgegenüber behauptete Dr. Jacobi, daß in Süddeutschland es meist die Nichthandwerker sind, die gegen die Innungen durch die Gewerbevereine Stimmung machen, die Handwerker selber weit weniger. Ebenso wenig werde man sich aber in Süddeutschland und am Rhein für die „Fachgenossenschaften“ erwärmen, man werde auch diese ebenso ablehnen, wie man sich gegenwärtig gegenüber den Innungen ablehnend

über mindestens passiv verhält. Gätte man von der Verleihung der Vorrechte, welche die §§ 100e und 100f der Gewerbeordnung den Innungen zugestehen, seitens der höheren Verwaltungsbehörden einen entgegenkommenderen Gebrauch gemacht, wie es der Gesetzgeber anscheinend auch gewollt hat, so würde man wahrscheinlich die Innungsbildung wesentlich haben fördern können, und sie würde auch wohl in Süddeutschland mehr Boden gefasst haben. Dadurch, daß dies nicht geschah, habe man die Handwerker gegen die Handwerker ausgespielt und es sei in der Folge ein heftiger Kampf zwischen den verschiedenen Handwerkerparteien entstanden, den man im Keime hätte ersticken können, wenn ein indirekter Zwang, wie er durch diese beiden Paragraphen ausgeübt werden konnte, eingetreten wäre. Wenn man den obligatorischen Charakter, den man den Fachgenossen zugedacht hat, auf die Innungen übertragen wollte, so würde sich damit sofort der richtige Weg finden lassen, und die Handwerker würden damit einverstanden sein, und nicht nur diese allein, sondern eine ganze Reihe anderer Personen. Sehr viele große industrielle Betriebsunternehmer sagen, sie fänden kein Bedenken, sich den Innungen anzuschließen. Die Innungen — so schloß sich der Redner — sind ein Stück unserer nationalen Geschichte, die man nicht leichtem Herzens preisgeben sollte. Der ideale Zug, der dem deutschen Volksthum innewohnt, findet hier einen lebendigen, schönen Ausdruck. Mit ihm zu rechnen, ist der Gesetzgeber verpflichtet; unterläßt er es, so wird sich der Fehler an unserem ganzen nationalen Leben rächen. Darum gebe man dem Handwerk, was des Handwerks ist! — Diese Ausführungen entsprechen ganz unseren Anschauungen.

Die landwirthschaftlichen Fragen scheinen bestimmt zu sein, auch im laufenden Sommer eine hervorragende Rolle zu spielen. Herr v. Heyden, der preussische Landwirtschaftsminister, hat bekanntlich für Ende Mai eine Konferenz von Gutbesitzern und von landwirthschaftlichen Sachverständigen aus dem Beamten- und Gelehrtenstande nach Berlin einberufen, um über neue Vorschläge zur Beseitigung der Nothlage der Landwirtschaft zu beraten. Herr von Heyden wird der Konferenz ein förmliches Arbeitsprogramm unterbreiten, welches als Hauptpunkt die Neuregelung in der Vererbung des Grundbesitzes und dann die geeigneten Maßnahmen zu Beseitigung der landwirthschaftlichen Ueberladung aufweist. Jeder Freund der Landwirtschaft kann nur aufrichtig wünschen, daß die betreffenden Konferenzverhandlungen Beschlüsse von praktischem Werth und bleibender Bedeutung für die Landwirtschaft zeitigen mögen.

Der Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend veröffentlicht heute in mehreren Berliner Zeitungen eine längere Erklärung, welche in objektiver und eingehender Weise den Hergang der Angelegenheit darstellt. Am Schlusse des Inserates heißt es: „Gleichzeitig erklären die unterzeichneten Brauereien, daß sie niemals beabsichtigt haben, die am gestrigen Tage entlassenen Arbeiter dauernd auszusperren, vielmehr bereit sind, dieselben, soweit es der derzeitige Betrieb gestattet, am Donner-

tag, den 24. Mai, wieder in Arbeit zu nehmen, wenn bis dahin der Boykott über die obgenannten sieben Brauereien aufgehoben ist. Die Unterzeichner des Aufrufes vom 16. Mai haben es hiernach in der Hand, die von ihnen beklagte Schädigung von 400—500 Arbeitern rückgängig zu machen, indem sie das unberechtigte Vorgehen gegen einzelne hiesige Brauereien einstellen. Es wird abzuwarten sein, ob sie hierzu bereit sind, oder die Verantwortung für die weiteren Folgen auf sich nehmen wollen!“

Der „Vorwärts“ veröffentlicht an der Spitze des Blattes einen Aufruf zur Verschärfung und Ausdehnung des Brauereiboykotts. Der an erster Stelle von J. Auer unterzeichnete Aufruf lautet in seinem wesentlichsten Theile: „Es soll bloß die Frage sein, ob der Boykott ein allgemeiner sein soll, oder ob diese Maßnahme nachhaltiger und erfolgversprechender sein wird, wenn wir uns auf eine bestimmte Anzahl Brauereien beschränken. Die Unterzeichneten empfehlen, von einem allgemeinen Boykott abzusehen und sich auf die Boykottirung einiger Brauereien zu beschränken. In der heißen Jahreszeit und bei der großen Bedeutung des Biergenusses für die Ernährung der Arbeiter würde ein allgemeiner Bierboykott nicht die erhoffte Wirkung haben; er würde, da wir auf die Energie sehr vieler Arbeiter rechnen können, alle Brauereien unzweifelhaft schwer schädigen, aber sicherlich nicht so, daß sie zum Nachgeben gezwungen würden. Unsere Kraft würde sich zersplittern, dagegen wird die Boykottirung einer Anzahl von Brauereien diesen die ganze Wucht unseres Angriffes fühlbar machen. Bier muß getrunken werden, aber boykottirtes Bier wir desto leichter entbehrt werden, wenn anderes zur Verfügung steht. Ein allgemeiner Boykott würde den Bierring stärken, ein partieller sprengt ihn. Wer aber Bier aus Brauereien, in denen Arbeiter gemögelt wurden, nicht trinken will, dem steht dies ja immer frei. Wir schlagen Euch vor, von heute ab keinen einzigen Tropfen von folgenden Brauereien zu trinken: 1. Schultze-Brauerei, Aktiengesellschaft, Berlin (und Livoli). 2. Brauerei F. Hoppoldt. 3. Böhmisches Brauhaus, Commanditgesellschaft auf Aktien, A. Knoblauch. 4. Brauerei Karl Gregory, Berlin, (Aderbrauerei). 5. Vereinsbrauerei Nixdorf. 6. Spanbauer Bergbrauerei, vormals C. Beckmann, Westend bei Charlottenburg. 7. Aktiengesellschaft Schloßbrauerei, Schöneberg, Arbeiter! Zu Hause und im geselligen Verkehr, in der Werkstatt und bei Ausflügen, überall wo Ihr hinkommt, sorgt für die strenge Durchführung des Boykotts. Nur dann wird jeder Berliner Arbeiter, der sich seiner Ehrenpflicht gegen die Partei, seiner Solidarität mit dem durch den Unternehmerrhochmuth brodelos gewordenen Arbeiter bewußt ist, unausgesetzt den Boykottbeschlüssen gemäß handeln. Nur dann kann der Sieg unser sein, dann wird er auch ganz sicher errungen werden.“ Hierzu bemerkt die „Nordb. Allg. Ztg.“, es müsse festgestellt werden, daß zum ersten Male die sozialdemokratische Partei sich als solche für einen Boykott erklärte, während sie vor noch gar nicht langer Zeit dieses Kampfmittel als „anarchistisch“ bezeichnete.